

**July 9, 1973**

**Report by the Central Committee of the Communist Party of the Soviet Union on China's Policy toward Western Europe and Opposition against the CSCE**

**Citation:**

"Report by the Central Committee of the Communist Party of the Soviet Union on China's Policy toward Western Europe and Opposition against the CSCE", July 9, 1973, Wilson Center Digital Archive, Obtained for CWIHP by Bernd Schaefer and translated for CWIHP by Karen Riechert. Included in the document reader for the international conference "China and the Warsaw Pact in the 1970-1980s" held by CWHIP and the Parallel History Project March 2004 in Beijing.

<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/114802>

**Summary:**

This document contains information prepared by the Central Committee (CC) of the Communist Party of the Soviet Union (CPSU) on China's European policy and Chinese opposition to the convocation of a Conference on Security and Cooperation in Europe (CSCE). It states that China's overall goals are diametrically opposed to those of the European Socialist countries and their Communist parties, with Beijing identifying the Soviet Union as its primary enemy. In this light, the Soviet leadership maintains that actively confronting China in ideological and political terms remains one of the most important tasks of the Warsaw Pact countries.

**Credits:**

This document was made possible with support from Leon Levy Foundation

**Original Language:**

German

**Contents:**

Original Scan

Translation - English

3 Ex.

9.7.73

*Wm. Lovell*  
*9.7.73*  
*9.7.73*  
*W. G. 8.73*  
 810108  
Vertraulich  
 80-70  
 8104  
 9.7.1973

Als Ergebnis der langjährigen beharrlichen Bemühungen der sozialistischen Staaten und der ganzen europäischen kommunistischen Bewegung werden die von der europäischen kommunistischen Bewegung 1967 auf der Konferenz in Karlovy Vary kollektiv formulierten Forderungen sowie die auf die europäischen Angelegenheiten bezüglichen Punkte der Plattform einheitlicher Aktionen im anti-imperialistischen Kampf, die von der Internationalen Beratung 1969 beschlossen wurde, erfolgreich verwirklicht. In Europa sind Prozesse in Gang gekommen, die eine Wende zur Entspannung, zur Schaffung eines Systems der Sicherheit und der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit der europäischen Staaten markieren.

Aber trotz ihrer offensichtlichen Niederlage lassen die Kräfte der Reaktion auch heute nicht von den Versuchen ab, den positiven Wandlungen auf dem Kontinent Einhalt zu gebieten. Es darf unseres Erachtens nicht geduldet werden, daß die reaktionären, revanchistischen Kräfte und ihre Handlanger einen wesentlichen Einfluß auf die Entscheidungen erlangen, die die Zukunft Europas auf Jahrzehnte voraus bestimmen werden.

In jüngster Zeit erhalten die Gegner der Gesundung der internationalen Lage in Europa Schützenhilfe von der chinesischen Führung, die sich aktiv in die europäischen Angelegenheiten einzumischen begonnen hat. Das geht ganz eindeutig hervor aus zahlreichen Gesprächen hochgestellter chinesischer Amtspersonen mit Vertretern europäischer Regierungen, deren Inhalt weithin publik gemacht und kein einziges Mal von der chinesischen Seite demontiert worden ist, aus ihren Interviews mit bürgerlichen Journalisten, aus Erklärungen chinesischer Diplomaten in dritten

Ländern sowie aus dem Charakter der Kommentare der Pekinger Propaganda zu den Ereignissen in Europa, die die Linie Pekings in den Grundfragen der europäischen Politik klar erkennen lassen. Diese Linie zielt ab auf die Schwächung der Positionen der sozialistischen Gemeinschaft in Europa, auf die Spaltung der kommunistischen Bewegung, auf das Paktieren mit jedweden politischen Kräften - auch reaktionären - in Europa, die antisowjetisch und antikommunistisch sind.

Die Positionen der chinesischen Führung sind Ihnen natürlich bekannt. Wir möchten eine möglichst vollständige Zusammenfassung der Äußerungen offizieller chinesischer Persönlichkeiten und der unverhülltesten Verlautbarungen der Pekinger Propaganda zu dieser Frage geben, weil wir meinen, daß eine solche Information für ihre propagandistische und politische Arbeit von Nutzen sein kann.

In allgemeiner Form wurde das Kredo der chinesischen Europapolitik bereits 1970 formuliert, als die Pekinger Führer damit begannen, den wirklichen Sinn der These vom Kampf gegen "ein - zwei Supermächte" zu verdeutlichen, der faktisch darauf hinausläuft, alle Anstrengungen auf die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion als dem "Feind Nummer 1" zu konzentrieren. In einem Interview mit dem französischen Korrespondenten F. Debre erklärte Tschou En-lai damals: "Die Politik Chinas besteht darin, die Bildung eines einheitlichen unabhängigen Europas zu fördern, damit die Macht dieser Länder als Faktor dient, der die Sowjetunion im Westen bindet." Diese allgemeine Zielsetzung fand dann ihren Ausdruck in den konkreten Stellungnahmen Pekings, die der Linie der kommunistischen Bewegung in den Grundfragen der europäischen Politik diametral zuwiderlaufen.

- 3 -

Die chinesische Führung begann damit, daß sie die Verträge der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen mit der BRD mit einer Flut von Verleumdungen überschüttete. Die Zeitung "Shenmin Shipao" erklärte kurz nach ihrem Abschluß, daß sie "der Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa keinen Nutzen, sondern Schaden bringen," daß der Vertrag der UdSSR mit der BRD letzterer "das Recht" gebe, "die DDR zu annektieren". Die chinesische Führung war nach Kräften bemüht, das Inkrafttreten der geschlossenen Verträge zu verhindern und die Entwicklung positiver Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu stoppen. Nachdem die Hoffnungen auf eine Vereitelung der Ratifikation der Verträge zusammengebrochen waren, war in der chinesischen Presse schon kein Wort mehr über die Verteidigung der Souveränität und der Interessen der DDR zu lesen. Jetzt spekuliert man auf das Anheizen revanchistischer Stimmungen in der BRD. Tschou En-lai und andere führende Persönlichkeiten Pekings sagten Gerhard Schröder und Geschäftsleuten der BRD ihre Unterstützung der Konzeption der "einen deutschen Nation" zu. Bei den Verhandlungen mit BRD-Außenminister W. Scheel im Oktober 1972 in Peking sprach Tschou En-lai von der "Anomalität" der Spaltung Deutschlands und anerkannte "die Legitimität der westdeutschen Interessen in Westberlin". Nach dem Treffen mit Tschou En-lai teilte W. Scheel mit, daß die Positionen Bonn und Pekings in diesen Fragen übereinstimmen.

Besonders bemüht ist man in Peking darum, die Konsolidierung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu verhindern, der Unveränderlichkeit der entstandenen Staatsgrenzen die Anerkennung zu versagen. Auf jede Weise kolportiert wird der Gedanke, daß "der zweite Weltkrieg eine ganze Reihe von Problemen hinterlassen hat, die der Lösung bedürfen" (Interview Tschou En-lais mit dem AFP-

Korrespondenten G. Marain), daß, "obwohl seit dem zweiten Weltkrieg 28 Jahre vergangen sind, auf dem Erdball immer noch Durcheinander und Unordnung herrschen" (Erklärung Tschu Peng-feis in London am 7. Juni 1973). Die Pekinger Führer versuchen erneut die territoriale Frage in Europa zuzuspitzen, Gebietsansprüche europäischer Staaten aneinander und vor allem an die UdSSR zu provozieren. Charakteristisch ist die "eingestreute" Bemerkung Tschou En-lais im Gespräch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden des Krupp-Konzerns, B. Beitz, im Mai dieses Jahres: "Königsberg heißt jetzt Kaliningrad. Ich kenne nur ein Königsberg."

Die chinesische Führung diffamiert auf jede Weise die Gesamteuropäische Staatenkonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit, sie trachtete lange Zeit den Gedanken ihrer Zwecklosigkeit zu suggerieren und verfälscht nunmehr ihre Ziele.

Im Gespräch mit einem Mitglied der französischen Parlamentsabordnung im Februar 1972 in Peking sagte Tschou En-lai: "Die Konferenz über die europäische Sicherheit beunruhigt uns: entweder die Russen gehen aus dieser Konferenz als Sieger hervor und werden zu Garanten Ihrer ~~Sicherheit~~ Unabhängigkeit, oder es tritt eine Entspannung zwischen Ost und West ein, und dann marschieren die sowjetischen Truppen an die Nordgrenze Chinas." Der Chef der UNO-Delegation der VR China erklärte: "Die sogenannte europäische Sicherheitskonferenz kann nur als ein weiterer Deckmantel dienen, der die Aufteilung der Einflußsphären zwischen den beiden "Supermächten" durch den Einsatz der Militärblöcke verschleiert. Eine solche Konferenz sollte besser "Konferenz über die Unsicherheit in Europa" genannt werden."

Nachdem nun die Frage der Einberufung der Gesamteuropäischen Staatenkonferenz entschieden ist, sprechen sich die chinesischen

- 5 -

zwar nicht mehr offen gegen sie aus, "warnen" aber unablässig vor der "Gefahr der Teilnahme der Supermächte" an ihr und unter-schieben den Gedanken, daß sie allein der Sowjetunion zum Vorteil gereiche, da sie die Ergebnisse des "Komplotts der beiden Super-mächte über die Aufteilung der Einflußsphären in Europa" verankere (so qualifiziert man heutzutage in Peking die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges). Peking warnt die Konferenz vor der Billigung der von der Sowjetunion und den anderen europäischen sozialisti-schen Staaten vorgeschlagenen Prinzipien, da diese Prinzipien angeblich zu einer "Versklavung" der kleinen europäischen Staaten, zur "Abrüstung" Europas gegenüber der Militärmacht der UdSSR und ihrer Verbündeten führen würden. So behauptete der stellvertretende Außenminister der VR China, Yui tchang, im März 1973 in einem Gespräch mit dem Redakteur der Nachrichtenagentur Tanjug: "Zu Bedingungen, die von der Sowjetunion verkündet worden sind, kann ein echtes System der kollektiven Sicherheit in Europa nicht geschaffen werden."

In Begegnungen mit den Außenministern Frankreichs, Groß-britanniens, der BRD und Italiens im Sommer und Herbst 1972 sowie in Interviews mit mehreren bürgerlichen Korrespondenten demon-strierte Tschou En-lai beharrlich die bedingungslose Unterstützung des "Gemeinsamen Marktes" durch Peking, betonte er die "Bedeutung des wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses Westeuropas für den Widerstand gegen den Hegemonismus der Supermächte." Nach seinen Worten sei gerade die EWG in der Lage, "die Spannungen in Europa zu mindern und den Weltfrieden zu fördern" (Interview mit dem Chefredakteur der "Times" im Oktober 1972). Mao Tse-tung begrüßte in einem Gespräch mit M. Schuman den Beschluß der Konservativen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG, ungeachtet der Tatsache, daß die Kommunistische Partei, die Labouristen und

- 6 -

die breite Öffentlichkeit des Landes Protest dagegen erhoben hatten. Auf ähnliche Weise versucht Peking auch andere europäische Länder zum EWG-Beitritt zu bewegen.

Wie in den Verlautbarungen mehrerer europäischer kommunistischer Parteien (KP Dänemarks, KP Norwegens, DKP u.a.) mit Recht festgestellt wurde, ist die Linie Pekings gegenüber dem "Gemeinsamen Markt" ein weiteres anschauliches Zeugnis des völligen Bruchs der chinesischen Führung mit dem klassenmäßigen Herangehen an die Fragen der internationalen Politik, mit den Prinzipien der proletarischen Solidarität. Die chinesischen Führer ignorieren ganz und gar den Charakter der EWG als einer gegen die Arbeiterklasse gerichteten internationalen Organisation des Monopolkapitals, sie übersehen demonstrativ die der EWG immanente Tendenz zur Beschränkung der Souveränität der Mitgliedsländer durch die Unterordnung der nationalen Institutionen unter die sogenannten "supranationalen wirtschaftlichen und politischen Körperschaften".

Mehr noch: die chinesischen Führer treten heute offen für die Umwandlung des "Gemeinsamen Marktes" in eine militärisch-politische Gruppierung ein. Im Gespräch mit dem italienischen Außenminister G. Medici im Januar 1973 erklärte Tschou En-lai, daß "das Streben zur Integration nicht nur das wirtschaftliche Gebiet erfassen dürfe, sondern auch das Gebiet der Politik und Verteidigung erfassen müsse".

Die chinesischen Führer unterstützen somit jene Seiten und Tendenzen in der Tätigkeit des "Gemeinsamen Marktes", gegen welche nicht nur die Kommunisten, sondern auch viele demokratische Parteien, die Gewerkschaften und die breite Öffentlichkeit der europäischen Länder auftreten. Der Flirt mit der EWG geht einher mit groben verleumderischen Ausfällen gegen den RGW.

- 7 -

Die Unterstützung des "Gemeinsamen Marktes" auf klassen-indifferenter Grundlage wird in jüngster Zeit durch Erklärungen ergänzt, die sich für die Erhaltung und Festigung des aggressiven Nordatlantikpaktes aussprechen. In einem Gespräch mit dem italienischen Außenminister G. Medici erklärte Tschou En-lai, daß der Atlantismus "geholfen hat den Frieden zu schützen und ein internationales Kräftegleichgewicht zu schaffen". Seit Anfang 1973 sind in den chinesischen Zeitungen etwa zwei Dutzend Beiträge über die NATO erschienen. Die chinesische Presse druckt Informationen über verschiedene Beratungen führender NATO-Politiker, über NATO-Truppenmanöver usw. nach und hebt mit unverhohlener Billigung jene Stellen hervor, wo davon die Rede ist, daß "die westeuropäischen Länder gegenüber der UdSSR in einer gemeinsamen Sprache sprechen und mit vereinten Kräften handeln müssen, und daß das Ziel Westeuropas die Stärkung seiner Verteidigungsfähigkeit sein muß" (Hsinhua, 4. Januar 1973). Am 24. Februar 1973 brachte die "Shennin Shipao" Auszüge aus dem Weißbuch der britischen Regierung über die Verteidigung, worin hervorgehoben wird, daß "Großbritannien seine Verteidigung stärken und die Priorität in diesem Bereich mit den anderen Ländern Westeuropas im Rahmen der NATO und außerhalb dieses Rahmens" behaupten müsse.

Früher wurde von der chinesischen Propaganda behauptet, daß die Festigung des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Systems Westeuropas die Möglichkeit biete, den beiden "Supermächten" erfolgreich entgegenzutreten. Jetzt wird von der Notwendigkeit eines engen militärischen Bündnisses Westeuropas mit den USA gesprochen; damit offenbart sich das wahre Ziel der chinesischen Führer: Westeuropa nicht etwa den beiden "Supermächten", sondern allein der Sowjetunion entgegenzustellen. Im Gespräch mit den amerikanischen Senatoren H. Boggs und D. Ford im Juli 1972 gab Tschou En-lai zu verstehen, daß die chinesischen



- 8 -

Führer zufrieden wären, wenn die amerikanischen Streitkräfte in Europa blieben, was den Russen nicht gestatte, mehr Truppen an die chinesische Grenze zu verlegen. "Mansfield verhält sich unrealistisch", - sagte Tschou En-lai -, "wenn er den Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa fordert." Im Mai 1973 erklärte Tschou En-lai in einem Interview mit dem Korrespondenten der "Washington Post" M. Childs: "Moskau will dem Westen ein trügerisches Gefühl der Sicherheit suggerieren... die Amerikaner, die eine Verminderung oder gar vollständige Auflösung der in Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte verlangen, sind naiv."

Der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale Bruno Pittermann bezeugt, daß die Chinesen während seines Besuchs in der VR China die Präsenz amerikanischer Streitkräfte auf dem europäischen Kontinent positiv bewertet haben. Die bekannte Forderung der Regierung der VR China an die USA und die UdSSR nach Auflösung der Kernwaffenstützpunkte und Abzug der Streitkräfte vom Territorium anderer Länder ist jetzt dahingehend korrigiert worden, daß sie nunmehr nur noch an die Sowjetunion gerichtet wird.

Die chinesischen Führer wenden sich gegen die Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa, worüber jetzt in Wien Verhandlungen geführt werden. Nach seiner Rückkehr aus China teilte der Außenminister Luxemburgs, Thorn, am 24. Mai 1973 auf einer Pressekonferenz mit: "Wenn Europa seine Truppen reduziert, so erklärt man in Peking, verliert es einen Teil seines Verteidigungspotentials und dann können anstelle der Entspannung neue Konflikte entstehen, weil die Entspannung eine Schwächung Westeuropas und eine Störung des Kräftegleichgewichts zugunsten der

- 9 -

Sowjetunion bewirken wird." Im Gespräch mit dem norwegischen Außenminister appellierte Tschou En-lai an die europäischen Länder, "keine Schwächung ihrer Verteidigungsanstrengungen zuzulassen."

Schließlich erklärte Tschou En-lai im Juni dieses Jahres als Kommentar zu der von H. Kissinger angeregten sogenannten "neuen Atlantischen Charta", daß er keinerlei Ursachen sehe, "diesen Plan abzulehnen, wenn er auf die Vereinigung derjenigen gerichtet ist, die gleicher Meinung hinsichtlich der Eindämmung der expansionistischen Politik der Sowjetunion sind."

Faktisch versetzt sich die chinesische Führung in die Lage einer Kraft, die gegen die Anerkennung der Unumkehrbarkeit der sozialistischen Errungenschaften der Völker Osteuropas, gegen die Stärkung der Macht und des Einflusses der sozialistischen Gemeinschaft auf dem europäischen Kontinent auftritt. Der Inhalt der oben angeführten Äußerungen der chinesischen Führer zu grundlegenden Fragen der europäischen Politik macht mit aller Deutlichkeit klar, daß Peking hartnäckig einen Kurs steuert, der der vereinbarten Linie der europäischen sozialistischen Länder und der kommunistischen Parteien diametral entgegengesetzt ist.

Das Plenum des ZK der Französischen Kommunistischen Partei stellte im Mai dieses Jahres fest: "Die Haupttriebfeder der Politik der jetzigen Führer der Kommunistischen Partei Chinas auf der internationalen Bühne war und bleibt der Antisowjetismus, der vernunftwidrige Drang nach der Erreichung nationalistischer Großmachtziele. So erheben sie sich zum Beispiel zu eifrigen Verfechtern der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Integration der westeuropäischen kapitalistischen Mächte, des "Kleineuropas" der Monopole, obwohl sie sehr wohl wissen, daß

dieses nach heutiger Lage der Dinge ein Element der Gesamtstrategie des Imperialismus ist, deren Speerspitze gegen die Sowjetunion gerichtet war und bleibt."

In seinen wesentlichen Bestandteilen kommt der Kurs der chinesischen Führung den Positionen der reaktionären und revanchistischen Kräfte Europas nahe oder stimmt mit ihnen überein, die in der Politik Pekings schon lange eine zuverlässige Stütze sehen. Der westdeutsche Revanchistenführer F.J. Strauß schrieb: "Die russisch-chinesischen Gegensätze sind für Europa kein Minus, sondern ein Plus, weil für uns Europäer die Sowjetunion und nicht China die 'rote Gefahr' ist... Unsere Interessen und die Interessen Chinas stimmen teilweise und ~~zeitweilig~~ zeitweilig überein" (F.J. Strauß. Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa. Seite 96). Einer der Führer der Opposition in der BRD, Gerhard Schröder, erklärte im Sommer vorigen Jahres nach seinem China-besuch: "Die chinesische Seite machte keinen Hehl daraus, daß sie auf die baldige Übernahme der Regierungsgewalt in der BRD durch die christlichen Demokraten setzt, wobei sie darauf rechnet, daß eine CDU/CSU-Regierung einen noch größeren Fortschritt in der Integration Westeuropas und dessen Entwicklung zu einer dritten Weltmacht erreichen wird, im Bündnis mit welcher die Volksrepublik China den Supermächten erfolgreich Paroli bieten könnte."

Nicht von ungefähr pflegt die Pekinger Führung besonders enge Kontakte mit der konservativen Regierung Großbritanniens, die von allen europäischen Regierungen in den Fragen der europäischen Entspannung die sturste Haltung bezieht. Während des Besuchs des chinesischen Außenministers Tschi Peng-fei in London stellte die englische bürgerliche Presse fest, der chinesische Außenminister lege es darauf an, daß das neue atlantische Bündnis gegen die UdSSR orientiert sein wird. China werde von England

- 11 -

verlangen, es möge seinen Einfluß geltend machen und die westlichen Länder dazu veranlassen, daß sie auf der Europäischen Sicherheitskonferenz und bei den Verhandlungen über einen gegenseitigen Truppenabbau der Sowjetunion keine zu großen Zugeständnisse machen.

Um ihre Präsenz im Mittelmeerraum auszubauen, hat die chinesische Führung diplomatische Beziehungen mit Franco-Spanien aufgenommen und in letzter Zeit die Beziehungen mit dem Regime der "schwarzen Obersten" in Griechenland rapid verbessert. Dabei ist man in Peking bemüht, den griechisch-chinesischen Beziehungen einen nicht nur wirtschaftlichen, sondern hauptsächlich politischen Charakter zu verleihen. In einer Situation, da das halbfaschistische Militärregime Griechenlands eine Politik der Repressalien gegenüber den demokratischen Kräften des Landes betreibt, da Griechenland zum Hauptstützpunkt der 6. US-Flotte im östlichen Teil des Mittelmeerraumes geworden ist, gibt der stellvertretende Premier des Staatsrates der VR China, Li Siang-niang, folgende Erklärung ab: "Heute unternimmt das griechische Volk aktive Anstrengungen zur Behauptung der Unabhängigkeit und Souveränität seines Landes, zur Verteidigung des Friedens und der Sicherheit Europas und des Mittelmeeres."

Es entsteht also eine Art Allianz oder zumindest ein Parallelismus in den Aktionen zwischen der chinesischen Führung und den extrem rechtsstehenden politischen Kreisen Europas, die der Minderung der Spannungen auf diesem Kontinent in den Arm fallen und den Geist des "kalten Krieges" bewahren wollen. Die reaktionären Kräfte in Europa wollen die chinesische Karte ausspielen, um den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft den größtmöglichen Schaden zuzufügen.

- 12 -

Dieses ganze politische Spiel um China gehört zweifellos zur Gesamtstrategie des Antikommunismus in der gegenwärtigen Etappe. Der Kampf für die Entspannung, für die Schaffung eines zuverlässigen Systems der Sicherheit in Europa, für die Entwicklung einer allseitigen Zusammenarbeit der europäischen Staaten setzt deshalb eine aktive Abwehr der Umtriebe der Pekinger Politik voraus.

Die Linie der chinesischen Führung in den europäischen Angelegenheiten steht im völligen Widerspruch zu den Interessen der Völker Europas. Sie steht im Gegensatz zu der Politik, die in jüngster Zeit von den realistisch denkenden Repräsentanten der Regierungen, der größten politischen Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen betrieben wird. Deshalb sind alle Möglichkeiten gegeben, um die subversive Tätigkeit der chinesischen Führer zu neutralisieren, um die unheilvollen Folgen der faktischen Blockbildung der chinesischen Führer mit dem Klassenfeind auf dem internationalen Schauplatz abzuwenden. Ungeachtet der Bemühungen Pekings werden sich die positiven Prozesse in Europa und in der ganzen Welt, die dank den beharrlichen und konsequenten Anstrengungen der sozialistischen Staaten, der kommunistischen und Arbeiterparteien in Fluß gekommen sind, auch weiterhin erfolgreich entwickeln. Eine zuverlässige Gewähr dafür ist die ideologische Einheit unserer Reihen auf marxistisch-leninistischer, internationalistischer Grundlage, ist die zunehmende Koordinierung unserer Anstrengungen sowohl im Kampf für den Frieden und die Sicherheit der Völker, für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung als auch im Kampf gegen den Imperialismus, für den Triumph der Sache der Demokratie, der nationalen Freiheit und des Sozialismus.

- 13 -

Zugleich darf man nicht übersehen, daß die Aktionen der chinesischen Führung unserem gemeinsamen Kampf abträglich sind, daß sie die Ziele der kommunistischen Bewegung kompromittieren; durch sie wird erschwert, daß die positiven Wandlungen in der internationalen Lage nicht nur in Europa, sondern auch in der ganzen Welt einen unumkehrbaren, nicht wieder rückgängig zu machenden Charakter annehmen. Deshalb bleibt die aktive ideologische und politische Auseinandersetzung mit der antileninistischen, antisozialistischen Tätigkeit der chinesischen Führung eine der wichtigsten Aufgaben.

9.7. 1973 Confidential

3 copies

[handwritten notes:] "Circulation Politburo, EH [Erich Honecker] 9.7.'73"  
"filed. 6.8.'73"

As a result of many years of persistent efforts by the socialist countries and the entire European Communist movement, commitments which had been collectively phrased at the 1967 conference of the European Communist movement in Karlovy Vary, and issues related to European matters in the platform of uniform actions for the anti-imperialist struggle which had been passed at the International Consultation of 1969, were successfully realized. Processes have begun to unfold in Europe marking a turn towards detente, towards the creation of a system of security, and towards a mutually beneficial cooperation of European nations.

Even today the forces of reaction don't give up their attempts to halt the positive changes on the continent although their defeat has become obvious. In our opinion, it must not be permitted for reactionary and revanchist forces and their minions to gain considerable influence on decisions shaping the future of Europe for decades.

Enemies of an improvement of the international situation in Europe recently were supported by the Chinese leadership, which has begun to actively interfere into European affairs. This became very clear in numerous talks of high-ranking Chinese officials with members of European governments. Those talks became widely publicized and were denied by the Chinese not once. It became also clear by their interviews given to bourgeois journalists, by statements of Chinese diplomats in third countries, and by comments of Beijing's propaganda on events in Europe. All that clearly allowed to identify Beijing's positions on basic questions of European policy. These positions aim at weakening the position of the socialist community in Europe, at dividing the Communist movement, and at collaborating with any anti-Soviet and anti-Communist political forces in Europe - even reactionary ones.

Of course you are familiar with the position of the Chinese leadership. We would like to provide a listing, as comprehensive as possible, of all statements made by Chinese officials and of the most revealing statements of Beijing's propaganda on this issue. We believe that such information would prove to be useful for the propagandistic and political work.

The credo of Chinese European policy had been spelled in general terms already in 1970, when Beijing's leaders began to clarify the real meaning of the theory of the struggle against "one-two superpowers". Basically it amounted to focus on the confrontation with the Soviet Union as "Enemy Number One". At that time, Zhou Enlai declared in an interview with the French correspondent F. Debré: "Chinese policy supports the creation of an united and independent Europe so that the power of these countries serves as a factor to tie up the Soviet Union in the West." This overall goal was expressed then more specifically in statements by Beijing which are diametrically opposed to the positions of the Communist movement on basic questions of European politics.

Chinese leaders had started with slandering massively the treaties of the Soviet Union and the People's Republic of Poland with the Federal Republic of Germany. The newspaper "Renmin Ribao" declared, shortly after the ratification [of those treaties], that it would "not serve the cause of peace and security in Europe, but rather damage it", and that the treaty of the Soviet Union with the Federal Republic of Germany would give the latter "the right to annex the GDR". The Chinese leadership tried its utmost to make sure that the signed treaties would not come into effect and the development of positive relations between the GDR and the FRG would be halted.

After hopes to thwart the ratification of the treaties had failed, there was no more mentioning in the Chinese press of defending the sovereignty and interests of the GDR. Now it is the time to speculate on the stirring up of revanchist feelings within the FRG. Zhou Enlai and other leading officials in Beijing threw their support behind [CDU politician] Gerhard Schröder and West German businessmen to support the conception of the "one German nation". During negotiations with West German Foreign Minister W. Scheel in Beijing in October 1972, Zhou Enlai talked about the "anomaly" of German division and recognized the "legitimacy of the West German interests in West Berlin". After the meeting with Zhou Enlai, W. Scheel stated that Bonn and Beijing agree on these questions.

Beijing in particular strives to prevent the consolidation of the results of the Second World War and to deny recognition to the inviolability of borders. The idea that "the Second World War has left us with a number of problems warranting a solution" (Interview Zhou Enlai's with AFP [Agence France Press] correspondent G. Marain) has been widely reported, also that "though 28 years have passed since the Second World War, there is still chaos and disorder in the world" (statement by [Chinese Foreign Minister] Zhi Pengfei in London on 7 June 1973). Again the leadership in Beijing attempts to escalate the territorial question in Europe and to provoke territorial claims of European powers against each other and especially against the Soviet Union. The "accidental" remark by Zhou Enlai in a talk with the CEO of the Krupp Company, B. Beitz, in May of this year is typical: "Königsberg is now called Kaliningrad. I only know a Königsberg."

The Chinese leadership is defaming in every possible way the Conference on Security and Cooperation in Europe, first by suggesting for quite a while its uselessness, and now by distorting its agenda.

In February 1972 Zhou Enlai stated in a conversation with a member of a French parliamentary delegation: "The Conference on Security and Cooperation in Europe strikes us as worrisome: Either the Russians will emerge victorious from this conference and become the guarantors of your [the French] independence, or there will be a detente between East and West and Soviet troops will show up at China's Northern border." The head of the UN delegation of the PR of China explained: "The so-called European Security Conference can only serve as another cover for dividing up the spheres of influence between the two 'superpowers' by means of military blocs. Such a conference would better be called 'Conference on Insecurity in Europe'."

After the decision to convene the European Security Conference, the Chinese no longer openly oppose it, but "warn" continuously of the "danger of participation of the superpowers". They spread the notion that the conference would be solely advantageous to the Soviet Union since it would stabilize the results of the "plot by the two superpowers to divide up spheres of influence in Europe" (that is how Beijing today defines the results of the Second World War). Beijing warns the conference not to accept the principles suggested by the Soviet Union and other European socialist states, because those principles would allegedly lead to the "enslavement" of the smaller European states and to the "disarmament" of Europe vis-a-vis the military power of the Soviet Union and her allies. Therefore, in March 1973, the Deputy Foreign Minister of the PR China contended in a talk with a journalist of the [Yugoslavian] news agency Tanyug: "Conditions set by the Soviet Union cannot create a true system of collective security in Europe."

Zhou Enlai persistently demonstrated the unconditional support of Beijing to the "Common Market" in meetings with the foreign ministers of France, Great Britain, the FRG and Italy, as well as in interviews with several bourgeois journalists. He emphasized the "importance of an economic and political union of Western Europe for the resistance against the hegemony by the superpowers". According to his words, it is in particular the EEC which can "minimize tensions in Europe and further world peace" (Interview with the editor-in-chief of "The Times" in October 1972). In a



conversation with [French Foreign Minister] M. Schumann, Mao Zedong welcomed the decision of the [British] Conservative Party on Great Britain's entrance into the EEC, despite the fact that the [British] Communist Party, the Labour Party, and the public opinion of the country had been protesting against that. Likewise Beijing tried to persuade other European nations to join the EEC.

As had been correctly stated by several European Communist parties in their declarations (CP of Denmark, CP of Norway, German Communist Party), Beijing's policy towards the "Common Market" is another telling example of the Chinese leadership's complete break with a class-related approach to questions of international politics and with the principles of proletarian solidarity. The Chinese leaders completely ignore that the EEC is characterized as an international organization of monopolistic capitalism directed against the working class. They overlook the inherent tendency of the EEC to restrict the sovereignty of member states by subordination of national institutions under so-called "supra-national economic and political corporations".

Moreover: Today Chinese leaders openly opt for the transformation of the "Common Market" into a military-political group. In a conversation with the Italian Foreign Minister G. Medici in January 1973, Zhou Enlai said that "the struggle for integration should not be limited to the economy but also encompass the area of politics and defense." Therefore the Chinese leadership supports those tendencies and activities of the "Common Market" against which not only the Communists, but also many democratic parties, the trade unions and the wider public are opposed. The flirtation with the EEC goes along with massively slandering statements against Comecon.

Support for the "Common Market" on the basis of indifference to class issues has recently been supplemented by declarations about the "preservation and stabilization of the aggressive North Atlantic Treaty Organization." Zhou Enlai remarked during a conversation with the Italian Foreign Minister, G. Medici, that atlanticism has "helped to preserve peace and create an international balance of power." Starting in early 1973, about two dozens of articles on NATO have been published in Chinese newspapers. The Chinese press reprints information on several consultations of leading NATO politicians and on maneuvers of NATO forces. It highlights with open sympathy those passages stating that "the West European countries need to find a common language vis-a-vis the Soviet Union and combine their forces, and that Western Europe's goal must be the strengthening of its defense capabilities" (Xinhua, 4 January 1973). On 24 February 1973, "Renmin Ribao" published excerpts from a White Paper of the British Ministry of Defense which emphasized that "Great Britain will strengthen its defense" and will have to maintain "its priority in this area together with the other countries of Western Europe within the framework of NATO, and outside of it".

Earlier Chinese propaganda had contended that strengthening the political, economic and military system of Western Europe would offer the chance to successfully confront the two "superpowers". Now there is talk about the need of a close military alliance of Western Europe with the United States. Thus the real goal of the Chinese leadership becomes apparent: It is not about Western Europe facing the two "superpowers", but only about facing the Soviet Union. In July 1972, Zhou Enlai indicated to two American Senators, H. Boggs and D. Ford, that the Chinese leadership would welcome if American troops would remain in Europe, because this would not allow the Russians to move more troops to the Chinese border. " [U.S. Senator] Mansfield behaves unrealistically when he demands the withdrawal of American troops from Europe", Zhou Enlai said. In May 1973, Zhou Enlai explained during an interview with "Washington Post" correspondent M. Shields: "Moscow wants to provide a deceptive feeling of security to the West [...]. Those Americans asking for a reduction, or even a complete withdrawal, of American troops from Germany, are naive."

The President of the Socialist International, [Austrian Socialist Party leader] Bruno Pittermann, testifies that during his visit to the PR of China the Chinese had positively approved of the presence of American troops in Europe. The well-known demand by the government of the PR of China to the United States and the Soviet Union to close down nuclear weapons' facilities and to withdraw their troops from foreign territories has now been corrected in the sense that it is now exclusively addressed to the Soviet Union.

The Chinese leadership opposes the reduction of forces and armaments in Europe as they are currently under negotiation in Vienna. After returning from China, Luxemburg's Foreign Minister, [G.] Thorn, stated at a press conference on 24 May 1973 : "It is Beijing's understanding that, if Europe would reduce its troops, it would partly lose its defensive potential. Instead of détente new conflicts could arise, because détente would result in a weakening of Western Europe and shift the balance of power favorably towards the Soviet Union." Zhou Enlai appealed to the European countries during a conversation with the Norwegian Foreign Minister "not to allow their defense efforts to be weakened". Finally Zhou Enlai commented in June this year on the so-called „New Atlantic Charta", proposed by H. Kissinger, that he cannot see any reason "to reject this plan as long as it aims at uniting all those of identical opinions regarding the containment of the expansionist policy of the Soviet Union."

In fact, the Chinese leadership claims the role of a force opposed to the recognition of the irreversibility of socialist achievements by Eastern European peoples, and opposed to the increase of power and influence on the side of the socialist community on the European continent. The content of the above quoted statements by Chinese leaders on fundamental questions of European politics clearly demonstrates how Beijing stubbornly follows a line diametrically opposed to the one agreed upon by the European socialist countries and Communist parties.

The plenary conference of the Central Committee of the French Communist Party stated in May of this year: "The main driving force behind the policy of the current leaders of the Communist Party of China on the international stage was, and remains, anti-Sovietism and the irrational quest to succeed in nationalistic major power politics. Thus they rise, for instance, to eager advocates of economic, political and military integration among the Western European capitalist powers, the 'European torso' of monopolies, although they know very well that this in today's situation this is just an element of the overall strategy of imperialism, always, and permanently, directed against the Soviet Union."

In its core elements, the Chinese leadership's line comes close to, or even resembles, the position held by the reactionary and revanchist forces in Europe. For some time already, the latter have viewed Beijing's policy as a reliable ally. West German revanchist leader Franz Josef Strauß wrote: "The Russian-Chinese conflict is not disadvantageous for Europe but rather an advantage, because for us Europeans the 'red danger' is the Soviet Union, not China [...]. Our interests and the interests of China partially, and temporarily, coalesce" (F.J. Strauß: Challenge and Response. A Program for Europe, page 96). One of the opposition leaders in the Federal Republic of Germany, Gerhard Schröder, stated last summer upon returning from his trip to China: "The Chinese make no secret of their hopes that soon power will be taken over in Germany by the Christian Democrats. They calculate that a CDU/CSU government would mean even more progress with respect to the integration of Western Europe and its development towards a third world power and, in alliance with the latter, the People's Republic of China would be capable to successfully match the superpowers."

It is not accidental that Beijing's leadership maintains close contacts with the conservative government of Great Britain which, among all European governments, displays the most stubborn attitude towards the questions of European detente. During the visit of the Chinese Foreign Minister Ji Pengfei in London, the British bourgeois press stated that the Chinese Foreign Minister was determined to achieve

that a new Atlantic alliance would be directed against the Soviet Union. China would ask Great Britain to use its influence on the other Western countries, so they do not concede too much to the Soviet Union at the European Security Conference and during the negotiations on mutual force reductions.

In order to build up its presence in the Mediterranean, the Chinese leadership has entered into diplomatic relations with Franco's Spain and recently also rapidly improved its relations with the „black colonels" in Greece. Thereby Beijing attempts to attribute not only an economic, but mainly a political character to Greek-Chinese relations. At a time when the semi-fascist military regime in Greece favors a policy of reprisal against democratic forces in the country, and when Greece became the main base of the 6th U.S. Fleet in the Eastern part of the Mediterranean, the Deputy Prime Minister of the State Council of the PR of China, Li Xiannian, makes the following statement: "Today the Greek people actively undertakes efforts to maintain the independence and sovereignty of its country, to defend peace and security in Europe and in the Mediterranean."

Thus a sort of alliance evolves, or at least a parallelism of action, between the Chinese leadership and extremely right-wing political circles of Europe opposing the reduction of tensions on this continent and desire to preserve the spirit of the "Cold War". Reactionary forces in Europe want to play the Chinese card in order to inflict the maximum damage on the socialist community.

The whole political game about China is certainly part of the overall strategy of anti-Communism in its current stage. The struggle for detente, for the creation of a reliable system of security in Europe, for the development of comprehensive cooperation of European powers therefore precludes active defense measures against the machinations of Beijing's policy.

The Chinese leadership's line in European matters completely contradicts the interests of the European peoples. It differs from the recent policy of the realistically thinking representatives of governments and the largest political parties and social movements. Therefore all the chances are there to neutralize the subversive activities of the Chinese leaders and to avert the disastrous consequences of the actual bloc-formation of Chinese leaders with the class-enemy on the international stage. The positive developments in Europe and in the whole world, which have evolved thanks to the persistent and consequent efforts by the socialist countries, the Communist and labor parties will, despite Beijing's efforts, continue to prosper successfully. Reliable guarantors for this to happen are the ideological unity within our ranks on the basis of Marxism-Leninism and internationalism, the growing coordination of our efforts in the struggle for peace and security of the peoples, the implementation of the principles of peaceful coexistence by countries with different social orders, and the struggle against imperialism - towards the triumph of the causes of democracy, national freedom and socialism.

At the same time it must not be overlooked that the activities of the Chinese leadership are damaging to our common struggle, and that they compromise the aims of the Communist movement. They make it more difficult that the positive changes on the international level -not only in Europe, but all over the world- are becoming irreversible and will not be retracted. Therefore the active ideological and political confrontation with the anti-Leninist and anti-socialist activities of the Chinese leadership remains one of the most important tasks.